

# Polizei sieht Gefahr für Kinder

## Kritik an Straßenpflicht für Radler in Zwischenbrücken

**Wildeshausen** – Die Diskussion über die richtige Verkehrsführung in Teilen der Wildeshauser Innenstadt und insbesondere im Verlauf der Straßen Huntetor, Zwischenbrücken und Kaiserstraße dürfte noch lange nicht beendet sein. Vor rund einer Woche hatte der Verwaltungsausschuss in nicht öffentlicher Sitzung beschlossen, vorbehaltlich einer straßenverkehrsrechtlichen Prüfung die Zusatzschilder „Radfahrer frei“ an den betreffenden Straßen zu entfernen und damit die Radfahrer auf die Fahrbahn zu leiten. Doch nun ist es eher unwahrscheinlich, dass der Entscheidung Taten folgen. Das Gleiche gilt für die Regelung, die Höchstgeschwindigkeit in Zwischenbrücken auf 20 Stundenkilometer zu reduzieren.

„Die hierzu durchgeführte Prüfung durch die Verwaltung sowie eine Stellungnah-



**Engpass Zwischenbrücken:** Bislang dürfen Radfahrer die Fahrbahn benutzen, müssen es aber nicht.

FOTO: DR

me der Polizeiinspektion, führen zu dem Ergebnis, dass eine Reduzierung auf Tempo 20 nicht zulässig ist“, informierte Bürgermeister Jens Kuraschinski den Stadtrat am Donnerstagabend. Ferner räte die Polizei „dringend“ von der Entfernung der Zusatzschilder „Radfahrer frei“ ab. „Die Polizeiinspektion begründet dies unter anderem mit einer ungleich höheren Gefahr für zehnjährige und

ältere Kinder bei Straßennutzungspflicht, insbesondere bei schlechter Wetterlage und bei Dunkelheit“, führte Kuraschinski weiter aus. Die Verlegung des Radverkehrs auf die Straße sei nach Einschätzung der Polizei und der Verwaltung ein Prozess, der einer gewissen Umstellungsphase bedürfe, damit die Verkehrsteilnehmer lernen könnten, sich gegenseitig zu respektieren.

Hinsichtlich des Beschlusses, im Bereich Zwischenbrücken neue Piktogramme auf die Fahrbahn aufzubringen, macht die Polizei zudem darauf aufmerksam, dass sich dort bereits in regelmäßigen Abständen Aufdrucke mit einem Fahrrad befinden. Sollten hier diverse weitere Piktogramme ergänzt werden, bestehe das Risiko, dass dies der Übersichtlichkeit schade und davon kein konstruktiver Nutzen ausgehe.

Grünen-Ratsherr Klaus Schultze reagierte auf die Mitteilung mit Unverständnis. Er habe beim Schaffermahl mit mehreren leitenden Polizeibeamten gesprochen, sagte er. Dort habe er den Eindruck gewonnen, dass die Entscheidung bei Landkreis und Stadt liege und die Polizei nur um Stellungnahme gebeten werde. Er verlangte, dass die Stadtverwaltung die Situation nun rechtssicher klärt.

dr